

# Sozialismus.de

Heft 2-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Garnet Alps u.a.: Digitale  
Gewerkschaftsarbeit

Andreas Flach: Organizing-  
Blitz in Schwäbisch-Hall

Beiträge u.a. von  
Florian Weis, Thomas Jaitner,  
Bernd Riexinger, Bernhard  
Sander, Joachim Bischoff,  
Bernhard Müller, Björn Radke  
Supplement: Axel Troost



Forum  
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## »Investieren, solange die Kanonen donnern«

Während die Klassenkämpfe um die Altersversorgung gerade erst begonnen haben, kündigt der französische Staatspräsident ein breit angelegtes Umstrukturierungs- und Aufrüstungsprogramm für die Streitkräfte an. [...]

## Rassistische Debatten zur Silvesternacht 2022

»Randale in Berlin« ist fast schon sprichwörtlich, und nun gibt es erneut Ereignisse in der Silvesternacht, die sich in dieses Klischee einreihen: gewaltsame Vorfälle von Moabit über Lichtenberg bis Neukölln. Silvester 2022 ein »typisches Berliner Problem«? [...]

## Putschversuch der Bolsonaristen

Am 1. Januar konnte Lula da Silva nach 2003 und 2007 zum dritten Mal das Amt des Präsidenten Brasiliens antreten. Entgegen der Tradition wurde ihm die Präsidentenschärpe nicht von seinem Vorgänger überreicht, sondern von einer Gruppe von Brasilianer\*innen – unter ihnen ein Indigener, ein schwarzer Junge, ein Arbeiter, eine Müllsammlerin sowie ein Behinderter. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Kriegsrhetorik, Klimakiller & ein Blick zurück

Redaktion Sozialismus.de: »Deutschland hat leider gerade versagt« Aus Kriegsrhetorik wird Kriegswirtschaft . . . . .	2
Björn Radke: Tempolimit – nur »Symbolpolitik«? . . . . .	6
Florian Weis: Willy Brandt und das Jahr 1972 Vom Umgang mit Ambivalenzen in der Geschichte . . . . .	10

## Perspektiven der Berliner Republik & der Weltwirtschaft

Bernhard Müller: Wohlstandsverluste trotz guter Beschäftigungssituation . . . . .	14
Joachim Bischoff: Gelingt ein »Soft Landing« der Akkumulationsbewegung? . . . . .	21

## Forum Gewerkschaften

Andreas Flach: Aus eigener Kraft stärker werden . . . . .	30
Garnet Alps/Carsten Maaß/Hartmut Meine/Uwe Stoffregen: Digitale Gewerkschaftsarbeit – Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen . . . . .	33
Otto König/Richard Detje: Tabellenwirksame Lohnerhöhungen im Zentrum der Forderungen – Tarifrunde 2023 . . . . .	38
Günter Busch: Mit vielen Warnstreiks zum Festbetrag Tarifabschluss bei den Unikliniken in Baden-Württemberg . . . . .	41

## Rentenklau auf Französisch & spanische Linke vor Wahlen

Bernhard Sander: Die Rentenpläne werden das Gesicht der französischen Republik verändern . . . . .	43
Thomas Jaitner: Superwahljahr in Spanien . . . . .	47

## Debatte | Erinnerung

Bernd Riexinger: DIE LINKE ist ein Parteiprojekt, um das es sich zu kämpfen lohnt »Nur die Sache ist verloren, die man aufgibt« (Friedrich Schiller) . . . . .	52
Gerd Siebecke: Ein kämpferisches Leben für ein demokratisches Recht & für den Sozialismus – Erinnerung an Heinrich Hannover (31.10.1925–14.1.2023) . . . . .	57

## Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum. . . . .	59
Tipps zum Hingehen oder Online. . . . .	60
Klaus Schneider: The Banshees of Inisherin (Filmkritik) . . . . .	61

## Supplement

### Axel Troost (1.9.1954–6.1.2023)

Positionen zu zentralen Themen der gesellschaftlichen Linken

# Willy Brandt und das Jahr 1972

Vom Umgang mit Ambivalenzen in der Geschichte

von ■ Florian Weis



Auf der Dortmunder Parteitag 1972 mit Herbert Wehner und Helmut Schmidt (Foto: picture alliance/dpa)

In seinem Buch »71/72. Die Saison der Träumer« beschreibt Bernd-M. Beyer, so meint sein Rezensent Holger Gertz in der »Süddeutschen Zeitung«, jene Jahre als »die bewegteste Phase des Landes BRD, die zugleich auch die bewegteste Phase des Fußballs in diesem Land war«.<sup>1</sup> Das darf getrost als Überzeichnung betrachtet werden, doch wird eine Verknüpfung von linkem politischen Aufbruch, sozialliberaler Brandt-Regierung und popkulturellen Entwicklungen des Öfteren vorgenommen. Der

(west)deutsche Gewinn der Fußball-Europameisterschaft 1972 auf eine ungewöhnlich elegante, leichte Weise durch Günther Netzer & Co., wird so zur Illustration und leichten Überhöhung einer Phase politischer und sozialer Modernisierung herangezogen.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen vom 19. November 1972 waren nicht nur der politische Höhepunkt eines besonders turbulenten Jahres in der bundesrepublikanischen Geschichte, sondern können auch als Zenit der so-

zialliberalen Reformpolitik unter dem Bundeskanzler und SPD-Vorsitzendem Willy Brandt verstanden werden. Es ist ein Jahr, das als ein besonders zugespitztes, extremes, polarisiertes erschien, was vor allem an dem knapp gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt und dem heftigen Streit um die »Ostverträge« festgemacht wird. Insofern ist eine gewisse Vorsicht angebracht, wenn die gegenwärtige deutsche Gesellschaft und Politik als einzigartig extrem und polarisiert beschrieben werden.

## Höchste Wahlbeteiligung, größter SPD-Erfolg

Erstmals wird die SPD im November 1972 nicht nur die stärkste Partei, sondern stellt auch die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Das wird ihr in den folgenden fünf Jahrzehnten nur noch dreimal gelingen: 1998 mit Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine (40,9%), 2002 hauchdünn unter wiederum Gerhard Schröder (38,5%), schließlich 2021 mit Olaf Scholz, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans (25,7%). An die 45,8% vom November 1972<sup>2</sup> kommt die SPD freilich nie wieder heran.

Der Konzentrationsprozess auf SPD und CDU/CSU, die zusammen fast 91% der Stimmen erreichten, zusammen mit der FDP sogar 99%, war 1972 und 1976 so hoch wie nie zuvor oder danach in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die DKP erreicht gerade einmal 0,3% der Stimmen. Die NPD, die 1966/67 in sieben von zehn westdeutsche Landtage eingezogen war und 1969 mit 4,3% nur knapp den Einzug in den Bundestag verpasste, verschwand wieder in der Bedeutungslosigkeit. Ihr Beinahe-Erfolg 1969 macht freilich deutlich, wie knapp die erstmalige Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler war, denn bei einem Überspringen der 5%-Hürde durch die NPD hätte es keine sozialliberale Koalition und keinen Kanzler Brandt gegeben. Die, je nach Lesart, erfolgreiche Integration oder Zähmung radikalerer Impulse aus der Studierenden- und Lehrlingsbewegung und in Teilen der Arbeitswelt wäre der SPD bei einer Fortsetzung der Großen Koalition kaum gelungen. Eine erfolgreiche politisch-kulturelle Integration, dies zeigt später auch die Entwicklung der Grünen, gelingt nur, wenn reale soziale Veränderungen, in diesem Sinne Teilerfolge für die Ziele radikaler Strömungen, und materielle Effekte, individuelle wie kollektive, erreicht werden, die es so den Beteiligten erlauben, sich ein Stück weit einhegen zu lassen. Weder eine linke »Verrats«- oder »Käuflichkeits«-Denunziation noch umgekehrt eine liberale Modernisierungs- und Integrationsanpreisung alleine beschreiben solche Entwicklungen ausreichend. Insofern

steht auch die sozialliberale Politik unter Willy Brandt für Ambiguitäten und Dilemmata, wie sie historisch eher die Normalität als die Ausnahme darstellen. »1972« als Chiffre für eine sozialdemokratisch-progressive Reformpolitik, bietet sich für eine solche Annäherung an Ambivalenzen an. Dabei soll es nicht um eine ausgewogene Ambivalenz gehen, die positive Bewertung überwiegt.

Die Wahlbeteiligung 1972 von 91,1% wurde nie übertroffen, wenngleich sie 1976 nur geringfügig niedriger ausfällt und auch 1980 und 1983 mit jeweils rund 89% für heutige Verhältnisse sehr hoch blieb. Nur bei der einzigen demokratischen Volkskammerwahl in der DDR im März 1990 liegt die Wahlbeteiligung mit über 93% noch höher.<sup>3</sup> Ab 1987 begann ein schrittweiser Niedergang der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, der sich bei Landtags- und Kommunalwahlen noch sehr viel extremer zeigte. 2009 und 2013 wählten kaum mehr als 70% der Wahlberechtigten den Deutschen Bundestag, ehe sich die Wahlbeteiligung 2017 und 2021 auf gut 76% leicht erholte. Dahinter verbirgt sich, wie Armin Schäfer<sup>4</sup> und Horst Kahrs<sup>5</sup> ausgeführt haben, vor allem eine stark gestiegene soziale und ökonomische Spaltung in der Wahlbeteiligung zulasten von Teilen der Arbeiter\*innenklasse, Sozialleistungsempfänger\*innen sowie Einwander\*innen. Demgegenüber wirkten sich 1972 zwei durchaus unterschiedliche Faktoren zugunsten der hohen Wahlbeteiligung und der Sozialdemokratie aus: Fortbestehende Klassen- und Milieubindungen auf der einen Seite und eine ungewöhnlich starke gesellschaftliche Politisierung auf der anderen.

Der überzeugende Wahlsieg der sozialliberalen Koalition von SPD und FDP unter Willy Brandt mit zusammen über 54% der Stimmen, markiert den erfolgreichen Höhepunkt der innen- und außenpolitischen Reformpolitik, in gewisser Weise aber auch den langsamen Anfang ihres Endes. Nicht ohne Grund beziehen sich also viele Menschen positiv, ja geradezu nostalgisch auf die Reformjahre unter Willy Brandt.

## Grauschattierungen: Zwischen »Radikalenbeschluss« und SPD-Wahlsieg 1972

1972 steht eben auch exemplarisch für Ambivalenzen und Grauschattierungen. Es ist, woran zu Beginn des Jahres 2022 mit Recht vielfach erinnert wurde, das Jahr des »Radikalerlasses«, der die »Regelanfrage« beim Verfassungsschutz zur Voraussetzung für Einstellungen im Öffentlichen Dienst machte und die Berufsverbotspraxis vorantrieb.<sup>6</sup> Damit wurden nicht nur zahlreiche Menschen in ihren Grundrechten elementar verletzt und ihre Berufsbiografien schwer geschädigt, die Bundesrepublik ging damit auch über antikommunistische Maßnahmen anderer westlicher Regierungen wie in Großbritannien oder Frankreich weit hinaus. Die SPD trieb den »Radikalenbeschluss« voran, was Brandt später als seinen größten politischen Fehler bezeichnete. Auf den gleichermaßen anmaßenden und amoralischen wie politisch kontraproduktiven Terror der »RAF« reagierte auch die sozialliberale Bundesregierung, getrieben von den Unionsparteien und der Springer-Presse, überzogen und gefährlich illiberal.<sup>7</sup>

*Florian Weis* ist Historiker und ist seit 1999 in verschiedenen Funktionen Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. In *Sozialismus.de* schrieb er zuletzt in Heft 1-2023 zu Etappen, Konflikten und Anerkämpfungskämpfen der Migration.

<sup>1</sup> Bernd-M. Beyer: 71/72. Die Saison der Träumer. Verlag Die Werkstatt, Bielefeld 2021. Siehe auch: [www.sueddeutsche.de/kultur/fussball-bundesliga-70er-jahre-libuda-ton-stein-scherben-1.5200760](http://www.sueddeutsche.de/kultur/fussball-bundesliga-70er-jahre-libuda-ton-stein-scherben-1.5200760).

<sup>2</sup> Siehe jeweils [www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm](http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm).

<sup>3</sup> [www.wahlrecht.de/ergebnisse/volkskammerwahl-1990.htm](http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/volkskammerwahl-1990.htm).

<sup>4</sup> Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt a.M. 2015.

<sup>5</sup> Horst Kahrs (Hrsg.): Wahlenthaltung. Zwischen Abwendung, Verdrossenheit und Desinteresse, Berlin 2017 ([www.rosalux.de/publikation/id/37491/wahlenthaltung](http://www.rosalux.de/publikation/id/37491/wahlenthaltung)).

<sup>6</sup> Siehe ein Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung: [www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenbeschluss-wird-50](http://www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenbeschluss-wird-50). Ferner Dominik Rigoll in der »ZEIT« vom 18.1.2022 ([www.zeit.de/2022/03/radikalerlass-linke-extremismus-geschichte](http://www.zeit.de/2022/03/radikalerlass-linke-extremismus-geschichte)).

<sup>7</sup> In Kenntnis der Faktoren, die den sektierischen Gewaltkurs der »RAF« und der »Bewegung 2. Juni« begünstigten, sollte es sich verbieten, die Klimaaktivist\*innen der »Letzten Generation« als »Klima-RAF« zu verunglimpfen, es sei denn, sie sollen genau in diese Richtung getrieben werden.

1972 steht darüber hinaus auch für den Versuch, mit der Ausrichtung »heiterer« Olympischer Sommerspiele in München und Kiel, symbolisiert in der Architektur des Münchner Olympiastadions, von Kleidung, Farben und Piktogrammen, ein Gegenbild zu den Nazi-Spielen von 1936 zu schaffen. Der Terroranschlag der palästinensischen Gruppe »Schwarzer September« auf das israelische Olympiateam und die dilettantisch gescheiterte Befreiungsaktion der Polizei, denen elf israelische Sportler\*innen, ein Polizist und fünf Attentäter zum Opfer fielen, überschattete die Bemühungen, ein anderes, friedliches, entspanntes Deutschland zu zeigen.<sup>8</sup>

### Sozialdemokratie im europäischen Kontext: Brandt, Kreisky, Palme und Brundtland

Willy Brandt selbst betrachtete die Innenpolitik während seiner Kanzlerschaft als mindestens ebenso so wichtig wie die Außenpolitik. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die beiden anderen führenden europäischen Sozialdemokraten jener Zeit,<sup>9</sup> für Bruno Kreisky<sup>10</sup> (1911–1990, Bundeskanzler in Österreich von 1970 bis 1983) und Olaf Palme<sup>11</sup> (1927–1986, schwedischer Ministerpräsident von 1969 bis 1976 und 1982 bis 1986). Im Falle der beiden sozialistischen Antifaschisten und Emigranten Brandt und Kreisky, wobei letzterer als Sozialist und Jude gleich doppelt von den Nazis in seinem Leben bedroht war, ergibt sich freilich noch eine andere Parallele, die irritieren mag. Brandt und mehr noch Kreisky, die zur überschaubaren Minderheit der vom Nazismus gänzlich Unbelasteten gehörten, erleichterten eben dadurch vielen Mitläufer\*innen in Westdeutschland und Österreich die Integration in die demokratischen Gesellschaften und damit deren Stabilisierung, gerade weil sie nicht auf einer Aufarbeitung der Verstrickung breiter Bevölkerungsgruppen in das Nazi-System bestanden.

Diese herausragenden Personen der europäischen Sozialdemokratie in den 1970er- und 1980er-Jahren, zu denen, etwas zeitversetzt, auch die Norwegerin Gro Harlem Brundtland (geboren

1939, mit mehreren Unterbrechungen norwegische Ministerpräsidentin zwischen 1981 und 1996) zu zählen ist, einte nicht nur ihre skandinavische Prägung qua Herkunft oder Exil, sondern auch ein Verständnis internationaler Politik, das, unabhängig von einem neutralen (Österreich und Schweden) Status oder einer NATO-Zugehörigkeit (BRD und Norwegen), Entspannung gegenüber den Ländern des Warschauer Paktes mit einem frühen Augenmerk auf die damals als »Nord-Süd-Problematik« bezeichnete globale Ungleichheit verband. Sympathien für oder Illusionen über einen Kommunismus sowjetischer Prägung waren allen Genannten fremd. Ihr Verständnis eines demokratischen Sozialismus, einen Begriff, den Brandt noch in den 1970er-Jahren verwendete, beruhte, wie auch bei der britischen Labour Party, auf der Selbsteinschätzung, eine, ja *die* Alternative zum autoritären Staatssozialismus zu verkörpern.

Brandt wurde von ausländischen Politiker\*innen und Journalist\*innen in seiner Zeit auch als überzeugter Europäer im Sinne der damaligen EWG/EG betrachtet.<sup>12</sup> Die Verankerung in der EWG/EU und NATO waren für Brandt unerlässliche Vorbedingungen für eine Entspannungspolitik gen »Osten«, nicht Entgegensetzung oder Alternative zur »Westbindung«. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag auch deshalb während seiner Kanzlerschaft deutlich über 3% und damit mehr als doppelt so hoch wie 2021.<sup>13</sup>

### Betriebsverfassungsgesetz und Streikbewegungen

In den Rückblicken auf das Jahr 1972 kam die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zu kurz. Trotz einer Reihe von Begrenzungen, die aus gewerkschaftlicher und sozialistischer Perspektive entsprechend kritisiert wurden, markierte die Novellierung doch einen wichtigen Fortschritt, verband sich hier doch der Anspruch des »Mehr Demokratie wagen« aus der Regierungserklärung im Oktober 1969 mit der Arbeitswelt und Wirtschaftspolitik. Nicht nur wurden die Rechte der Betriebsräte gegenüber dem Gesetz von 1952 deutlich gestärkt, erstmals erhielten auch

jene Beschäftigten, die weder eine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen noch EWG-Bürger\*innen waren, das passive Wahlrecht im Betrieb – lange bevor dies in Form etwa von Forderungen für ein kommunales Wahlrecht auch die politische Sphäre erreichte.

Dies war ebenso Folge von sozialem Druck wie die Voraussetzung für dessen weitere Entfaltung. Bei den Betriebsratswahlen in den Folgejahren stieg der Anteil migrantischer Betriebsräte rasant an, ebenso wuchs die Zahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute aus der Gruppe der Einwander\*innen. Salih Güldiken bei Ford 1978 gehört zu den ersten Beschäftigten aus der Gruppe derer, die fälschlich als »Gastarbeiter« tituliert wurden, der im Ergebnis der 1976 eingeführten »Paritätischen Mitbestimmung« in einen Aufsichtsrat einzogen. Diese institutionellen Reformfortschritte, die den westdeutschen Kapitalismus durch wirtschaftsdemokratische Elemente zu verändern versuchten, wurden durch radikalere betriebliche Aktionen ebenso herausgefordert wie vorangetrieben. Es entwickelte sich ein widersprüchliches Wechselspiel von »wilden« Streiks – wie jenen im September 1969 oder den überwiegend migrantisch getragenen Arbeitskämpfen in Neuss und Köln 1973<sup>14</sup> – und »offiziellen« Arbeitsniederlegungen, wie dem der ÖTV unter ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker im Februar 1974.

### Reformpolitik »von oben« und sozialer Druck »von unten«

Die Reformpolitik der Regierung Brandt lässt sich mithin auch als ein Ineinandergreifen von integrativer Reformpolitik »von oben« und sozialem Druck »von unten« lesen. Beispiele wie der erfolgreiche, von Frauen getragene Streik bei Pierburg in Neuss 1973, der die Frauen diskriminierenden Leichtlohngruppen entscheidend zu überwinden half, oder viele Jahre zuvor der IG-Metall-Streik 1956/57 in Schleswig-Holstein<sup>15</sup> zur Gleichstellung von Arbeiter\*innen mit Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankenfall zeigen, dass Streiks und durch sie erzwungene Tarifregelungen gesetzlichen Re-

gelingen um viele Jahre vorausgingen. Und auch in den turbulenten Monaten des politischen Jahres 1972 waren es keineswegs nur Intellektuelle und bürgerliche Progressive, die für »Willy wählen« warben, es waren in starkem Maße Arbeiter\*innen, die sich beispielsweise mit Arbeitsniederlegungen im April 1972 gegen die drohende Ablösung Brandts durch Rainer Barzel wandten.<sup>16</sup> Es ist ebenso bedauerlich wie bezeichnend, dass diese vielschichtigen »proletarischen« Aktivitäten gegenüber studentischen und intellektuellen in der Erinnerung verblasst sind.

Die Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD unter Helmut Schmidt, der Widerstand der FDP und der der Wirtschaftsverbände, aber auch das sich langsam abzeichnende Ende des »goldenen Zeitalters« nach 1973 setzten weiterreichenden ökonomischen Reformen zunehmend Grenzen, wie sich im Kompromiss um die Paritätische Mitbestimmung und den zwar inspirierenden, aber nur begrenzt erfolgreichen Bemühungen der Gewerkschaften um eine »Humanisierung der Arbeit« zeigte. Ein wirklicher Sozialliberalismus, der mehr als ein parteitaktisches Regierungsbündnis sein wollte, wie dies Karl-Hermann Flach anstrebte, von 1971 bis zu seinem Tod 1973 im Alter von nur 43 Jahren Generalsekretär der FDP, setzte sich gegen Genscher & Co nicht durch. Jochen Steffen, der linke Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, dessen 100. Geburtstag sich 2022 jährte, stand für jene in der SPD, deren Enttäuschung über den erlahmenden Reformimpuls deutlich wuchs.<sup>17</sup>

## Welcher Willy Brandt? Wider die Verlockungen der allzu einfachen Vereinnahmung

Willy Brandt wurde während eines großen Teils seines politisch aktiven Lebens in einer Heftigkeit und auch Niedertracht bekämpft, die weit über das übliche Maß politischer Auseinandersetzungen hinausging. Erst in seinen letzten Lebensjahren und nach seinem Tod wurde er zuweilen fast zur Ikone verklärt, was immer auch die Gefahr der Entpolitisierung einschließt. In den De-

batten der Gegenwart wird Brandt von ganz unterschiedlichen politischen Strömungen als Kronzeuge anzuführen versucht. Doch auf welchen Brandt beziehen sich diese tagespolitischen Instrumentalisierungen? Auf den jungen Brandt, der mit der SPD brach und sich der linkssozialistischen SAP zuwandte? Auf den Emigranten, der sich der Norwegischen Arbeiterpartei anschloss und im Spanischen Bürgerkrieg die Brutalität des Stalinismus gegen Trotzki\*innen und Anarchist\*innen erlebte? Auf den demokratischen Sozialisten im Sinne der norwegischen und schwedischen Arbeiter\*innenbewegung? Auf den »Frontstadt«-Bürgermeister Westberlins, der John F. Kennedy und die USA schätzte und sich für die Akzeptanz der »Westbindung« der Bundesrepublik einsetzte? Oder auf den sich wieder stärker nach links offenen Integrierte in seiner Doppelfunktion als Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender?

Meistens wird der Entspannungspolitik als Bezugsgröße gewählt, doch war diese Politik für Brandt Ergänzung, nicht Gegensatz zur »Westbindung«. Stärkere Aufmerksamkeit würde der Willy Brandt verdienen, der sich, vergleichsweise früh, hierin Gro Harlem Brundtland ähnlich, dem Nord-Süd-Gegensatz und der globalen Ungerechtigkeit zuwandte. Gerne wird der Brandt der frühen 1980er-Jahre zitiert, der sich gegen den NATO-Doppelbeschluss wandte und dessen Offenheit gegenüber den Grünen und einem Teil der neuen sozialen Bewegungen anderen etablierten Politiker\*innen voraus war. Oder ist der Elder Statesman gemeint, der hoffnungsfroh, ja geradezu patriotisch die deutsche Einheit begrüßte und darüber mit seinem einstigen »Lieblingsenkel« Oskar Lafontaine brach?

Gerne und mit gutem Grund wird ein spezielles Brandt-Zitat verwendet: »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.« Aber ebenso ließe sich auch dieses Zitat anführen: »Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und von

Furcht.«<sup>18</sup> Nicht ohne Grund lautet der Buchtitel von Brandts Erinnerungen an die Jahre 1930 bis 1950 »Links und frei«.

Zeitemstände haben sich in den sechs Jahrzehnten der politischen Aktivitäten von Willy Brandt ebenso geändert wie manche seiner Haltungen, wie dies bei fast jede\*r Politiker\*in der Fall ist, ja sein muss. Vorsicht ist daher geboten, ihn etwa vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, mittels einiger Zitate und der willkürlichen Auswahl nur eines Abschnittes seines Wirkens, unter Ausklammerung von Zeitemständen und Ambiguitäten, als Kronzeugen für eigene Positionen in der Gegenwart heranzuziehen.

<sup>8</sup> Siehe dazu etwa: Mario Kessler: Träume und Alpträume. Die Olympischen Spiele in München 1972 und ihre Folgen, in: Sozialismus.de, Heft 9-2022, S. 60ff.

<sup>9</sup> Siehe hierzu auch: Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme: Briefe und Gespräche. 1972 bis 1975, Frankfurt a.M./Köln 1975.

<sup>10</sup> Sehenswert ist diese ORF-Dokumentation: [www.youtube.com/watch?v=3XutBNNUnCY](http://www.youtube.com/watch?v=3XutBNNUnCY).

<sup>11</sup> Eine sehr gelungene politisch-historische Biografie ist die von Henrik Berggren: Olof Palme – Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie, München 2017.

<sup>12</sup> So etwa in einem ausführlichen BBC-Gespräch 1974, das Llew Gardener mit Brandt führte: [www.youtube.com/watch?v=JClN4obLAW](http://www.youtube.com/watch?v=JClN4obLAW).

<sup>13</sup> Dazu etwa der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages: [www.bundestag.de/resource/blob/503294/493c4e3a31e0705bd3b62a77d449bc76/WD-4-025-17-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/503294/493c4e3a31e0705bd3b62a77d449bc76/WD-4-025-17-pdf-data.pdf).

<sup>14</sup> Siehe dazu »Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration«, herausgegeben von Nihat Öztürk, Berlin 2022. Eine Rezension mit dem Titel »Das Ziel erreicht – aber erst mit Streik« findet sich in Sozialismus.de, Heft 1-2023, S. 57ff.

<sup>15</sup> Siehe etwa einen kurzen NDR-Filmbeitrag: [www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein\\_magazin/zeitreise/Zeitreise-Der-Metallarbeiterstreik-1956-1957,zeitreise3628.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/zeitreise/Zeitreise-Der-Metallarbeiterstreik-1956-1957,zeitreise3628.html).

<sup>16</sup> [willy-brandt.de/neuigkeiten/neuerscheinung-willy-brandt-muss-kanzler-bleiben-die-massenproteste-gegen-das-misstrauensvotum-1972/](http://willy-brandt.de/neuigkeiten/neuerscheinung-willy-brandt-muss-kanzler-bleiben-die-massenproteste-gegen-das-misstrauensvotum-1972/).

<sup>17</sup> Siegfried Schröder erinnert in einem Text aus dem September 2022 an Jochen Steffen: [www.rosalux.de/news/id/46987/von-der-wertlosigkeit-der-sachen](http://www.rosalux.de/news/id/46987/von-der-wertlosigkeit-der-sachen).

<sup>18</sup> Zitiert nach [www.willy-brandt-biografie.de/quellen/zitate/zitat-2/](http://www.willy-brandt-biografie.de/quellen/zitate/zitat-2/).

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

